

Vertragsbedingungen

1. Vertragsgegenstand

Gegenstand des Vertrages sind die in der Leistungsbeschreibung und / oder im Leistungsverzeichnis näher beschriebenen Leistungen des Auftragsnehmer.

1. Allgemeine Vertragsbedingungen

- 1.1. Der Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B) wird in der jeweils gültigen Fassung in den Vertrag einbezogen, soweit sich aus den folgenden Bestimmungen und den übrigen Vergabeunterlagen keine Abweichungen ergeben.
- 1.2. Änderungen und Ergänzungen der Vergabe- und Vertragsunterlagen sind nicht zulässig. Etwaige Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen (AGB) des Auftragnehmers werden in der Regel nicht Vertragsbestandteil. Ein Angebot, welches unter Hinzufügung / Hinweis auf die eigenen AGB des Anbieters abgegeben wird, wird i. d. R. ausgeschlossen und kann nur ausnahmsweise als Nebenangebot berücksichtigt werden, wenn die AGB als branchenüblich einzuordnen sind und die Abgabe eines Nebenangebotes im jeweiligen Vergabeverfahren ausdrücklich zugelassen wurde (siehe Anschreiben). Die Abgabe von Nebenangeboten ist i. d. R. nicht zugelassen.

2. Ausführungsfristen

- 2.1. Die auftragsgegenständlichen Leistungen sind grundsätzlich unverzüglich nach Zuschlagserteilung zu erbringen und schnellstmöglich, spätestens aber bis im Anschreiben genannten Zeitpunkt, abzuschließen.
- 2.2. Der konkrete Zeitplan ist im Einzelnen mit der IK abzustimmen.

3. Vergütung / Skonto

- 3.1. Sofern und soweit sich aus den „Weiteren besondere Vertragsbedingungen“ nichts anderes ergibt, handelt es sich bei dem Angebot des Auftragsnehmer enthalten Preisen um Festpreise, welche für die gesamte Vertragsdauer bindend bleiben.
- 3.2. Sollten sich die angebotene Preise aufgrund einer Prüfung nach der Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen als unzulässig erweisen, gilt für den Auftrag der preisrechtlich zulässige Preis.

4. Personal und Nachunternehmer

- 4.1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet ausschließlich Personal einzusetzen, das über die für die

Ausführung der vertragsgegenständlichen Leistungen erforderlichen Fachkunde und Erfahrung verfügt und zuverlässig ist. Durch die Auswahl von qualifiziertem Personal ist sicherzustellen, dass die Betriebsabläufe und der Dienstbetrieb im Objekt nicht gestört werden. Die belastbare Verständigung mit dem Personal in deutscher Sprache muss möglich sein. Der Auftragnehmer hat durch organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, dass die zeitgerechte Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten nicht durch Personalausfälle infolge von Krankheit, Urlaub o. ä. beeinträchtigt wird.

- 4.2. Der Einsatz von Nachunternehmern ist nur nach schriftlicher Zustimmung der IK zulässig. Es dürfen nur fachkundige, leistungsfähige und zuverlässige Nachunternehmer beauftragt werden. Für die Prüfung der für die Erteilung der Zustimmung erforderlichen Voraussetzungen hat der Auftragnehmer die Eigenerklärung zur Eignung und eine entsprechende Verpflichtungserklärung von dem betreffenden Nachunternehmer ausfüllen zu lassen und der IK zu übermitteln.

5. Versicherungsschutz

Der Auftragnehmer ist verpflichtet eine Betriebshaftpflichtversicherung mit angemessenen und branchenüblichen Deckungssummen abzuschließen und diese über die vereinbarte Vertragslaufzeiten aufrechtzuerhalten.

6. Einhaltung gesetzlicher Vorschriften

- 6.1. Der Auftragnehmer hat alle arbeits- und gewerberechtlichen Bestimmungen einzuhalten. Dies umfasst insbesondere die Einhaltung der Arbeitszeitbestimmungen sowie der einschlägigen Unfallverhütungs- und Sicherheitsvorschriften.
- 6.2. Soweit während des Bestehens des Vertragsverhältnisses im Rahmen des Geschäftsbetriebes des Auftragnehmers eine schwere Verfehlung begangen wird, infolge derer das Angebot im Vergabeverfahren hätte ausgeschlossen werden können, hat der Auftragnehmer die IK unverzüglich über diesen Sachverhalt aufzuklären.

7. Vertraulichkeit

- 7.1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle den Auftrag betreffenden Informationen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für die IK bekannt werden, vertraulich zu behandeln und Stillschweigen über diese zu bewahren.
- 7.2. Die Schweigepflicht besteht nach Beendigung des Vertragsverhältnisse fort.
- 7.3. Auf Anfrage kann die IK den Auftragnehmer in Einzelfällen von der Schweigepflicht entbinden.

8. Schlussbestimmungen

- 8.1. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland.
- 8.2. Gerichtsstand für alle Streitigkeiten, die sich aus oder aufgrund dieses Vertrages ergeben, ist Lübeck.
- 8.3. Etwaige Änderungen / Ergänzungen des Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform; dies gilt auch für die Abänderung dieses Schriftformerfordernisses. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht.
- 8.4. Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, bleibt davon die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen unberührt. Für die Neuregelung einer unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung werden sich die Parteien auf eine solche wirksame und durchführbare Regelung einigen, deren Wirkungen der wirtschaftlichen Zielsetzung am nächsten kommen, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.